

Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amtesliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptvertriebsstelle: Bocholt, Reichsstraße 14, Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,32 Mk. — Einzel-Abnehmerpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengeld 6 Pfg., Anzeigenpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 326

Montag, den 26. November 1934

Jahrgang 1934

Ueberfall tschechischer Studenten auf die deutsche Universität Prag.

Der Streit um die Insignien des Carolinums.

Deutschfeindliche Demonstrationen in den Straßen.

DNB Prag, 25. November.

Die Verordnungen des tschechoslowakischen Schulministeriums, wonach die seit jeher im Besitze der Prager Deutschen Universität befindlichen alten Insignien an die tschechische Universität in Prag unverzüglich auszuliefern sind, hat im gesamten Studentenbunde einen Widerstand hervorgerufen. Nach dem tschechischen Einmarsch des akademischen Senates der Prager Deutschen Universität haben auch die Vertreter tschechischer Studentenparteien beim Ministerpräsidenten Malypetr, beim Schulminister und beim Justizminister vorgeschrien und um Eingreifen erlucht.

Am Samstag nahm der Streit um die Auslieferung der Insignien immer schärfere Formen an. Sonnabend früh besetzten die deutschen Studenten sämtliche Gebäude der beiden Prager deutschen Hochschulen; der Vorlesungsbetrieb wurde bis auf weiteres unterbrochen.

Gegen Mittag zogen einige hundert tschechische nationalistische Studenten unter Führung des Prorektors der tschechischen Universität Prof. Dr. Domin vor das Rektoratgebäude der Prager Deutschen Universität, warfen einige Fenstersteine ein und sprengten die Türen zu dem Gebäude.

Der Dekan der medizinischen Fakultät der Prager deutschen Universität, Prof. Dr. Jenzel, der vor das Gebäude kam und das Eingreifen der tschechischen Studenten verlangte, wurde schließlich zum Weggehen aufgefordert und fortgewiesen. Die Polizei verhielt sich den Ausschreitungen gegenüber passiv.

Gegen Mittag setzte dann der erwartete Sturm auf das Rektorat der deutschen Universität ein, unmittelbar im Anschluß an eine Rede des Prorektors der tschechischen Universität, Dr. Domin, der u. a. die Entfernung der rechtswissenschaftlichen Fakultät aus dem Gebäude des Carolinums forderte.

Die tschechischen Studenten drangen daraufhin bis zum ersten Stockwerk vor und zerstörten die Räume des historischen und juristischen Seminars der deutschen Universität vollkommen. Das ganze Stockwerk bietet das Bild einer wilden Zerstörung.

Zweifelslos wäre es auch mit den nächsten Stockwerken, in denen sich die Räume des Rektorats der deutschen Universität befinden, ebenso ergangen und die Insignien und wertvollen Bilder, die dort hängen, wären durch die tschechischen Studenten gewaltsam entwendet oder zerstört worden, wenn hier nicht der erbitterte Widerstand der in dem Gebäude befindlichen deutschen Studenten das schlimmste verhindert hätte.

Einer der deutschen Studenten wurde im Flur von den tschechen niedergeschlagen und trug eine blutige Kopfverletzung davon. Mehrere andere deutsche Studenten wurden ebenfalls verletzt. Erst die immer dringender werdenden Vorstellungen des deutschen Rektors, Prof. Dr. Großer, der sich seit seiner Rückkehr von der Versammlung bei Ministerpräsident Malypetr in seinem Amtszimmer befand, bewogen die Polizei, die in starken Abteilungen erschienen war, einzugreifen.

Daraufhin räumten die tschechischen Studenten das Gebäude, verhielten sich aber auf der Straße und wiederholten dort ununterbrochen ihre Kundgebungen.

Durch Zuzug aus der Stadt wuchs ihre Zahl fortwährend. Unter diesem Druck der Straße konnte die Sitzung des akademischen Senats der deutschen Universität nicht stattfinden. Gegen 15 Uhr gelang es der Polizei, die Straße vor dem Rektorat zu säubern. Die tschechischen Studenten stimmten nationale Lieder und die Staatshymne an und zogen unter deutschfeindlichen Rufen „Nieder mit der deutschen Technik“, „Die Deutschen müssen heraus aus dem Carolinum“, „Es lebe die nationale Opposition“, „Es lebe Domin“ im Zuge ab und zerstreuten sich später.

Auf Anordnung des deutschen Rektors Professor Dr. Großer verließen die deutschen Studenten einzeln das Gebäude, das von einem starken Aufgebot von Polizei bewacht wurde. Die tschechischen Demonstranten, zu denen sich Böbel gesellt hatte, zimmerten aus der während des Kampfes zerrückten Tür zum deutschen Rektorat ein Galtengerüst. Daran brachten sie die Tafeln, die sie in den Mittagsstunden vom deutschen Rektorat abgeholt hatten.

Nach in den frühen Nachmittagsstunden herrschte in den Straßen Prags eine ungewöhnliche Ruhe. Die Demonstranten sammelten sich immer wieder von neuem und wurden von der Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels auseinandergetrieben.

Auch berittene Polizei wurde eingesetzt. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen.

Nach Eintritt der Dunkelheit wurde auch das deutsche Vereinshaus Urania von Demonstranten angegriffen. Zahlreiche Fensterheben wurden durch Steinwürfe zerschlagen. Die Erregung ist noch immer sehr groß.

Nach einer Meldung der Polizeidirektion haben die Demonstranten auch im Volkshaus in der Hyberner Gasse zwei Fensterheben und zwei gläserne Transparenttafeln eingeschlagen. Bis 21 Uhr wurden im ganzen 22 Personen festgenommen, gegen welche das Strafverfahren eingeleitet werden wird. Der Polizeibericht stellt zu den mehrfach verbreiteten Meldungen, wonach bei den Demonstranten geschossen wurde oder auch einige Personen verletzt wurden, fest, daß amtlich nichts dergleichen ermittelt wurde. Der Rektor der tschechischen Universität erhielt eine Warnung vor weiteren Demonstrationen.

67 Personen festgestellt.

DNB Prag, 25. November.

Einem Bericht der Polizeidirektion zufolge versammelten sich heute vor der Mittagsstunde vor dem großen Repräsentantenhaus in Prag erneut tschechische Studenten in größerer Zahl, die sich zum Nationaltheater begaben, wo sie sich zerstreuten. Gegen 14 Uhr versammelten sich vor dem Gemeindehaus wiederum Demonstranten, denen sich auch nichtidentifizierbare Elemente beigesellten. Sie versuchten wiederholt, zum Reichen Theaters vorzudringen, wurden aber von der Sicherheitswache aufgehalten und zerstreut. In der Nebengasse abgedrängt. Solche Zusammenkünfte wiederholten sich im Laufe des Nachmittags und wurden von verschiedenen Stellen der inneren Stadt beobachtet. Bis zum Abend wurden von der Polizei 67 Personen festgenommen.

Getreidekrise in Frankreich.

Selbsthilfe der Bauern der Bretagne.

(1) Paris, 25. November.

Angeichts der unveränderten französischen Getreidepreise sind verschiedene Landwirte in der Bretagne zur Selbsthilfe geschritten. Da es ihnen wegen der festgesetzten Getreidepreise nicht möglich war, ihre Kornvorräte abzusetzen, haben sie sich entschlossen, das Getreide selbst zu vermahlen, Brot zu backen und dieses dann zu billigen Preisen an die städtischen Verbraucher zu verkaufen. In der Umgebung von Reims sind bereits drei solcher Bäckereien in Betrieb, in denen täglich 1800 kg Brot verarbeitet werden. Die Bauern erklären, daß sie mit dieser Maßnahme gleichzeitig auch das „gute Brot“ von früher erzielen wollen.

Samuel Injall freigesprochen.

Nur Illinois klagt weiter.

Chicago, 25. November.

Samuel Injall, der in Verbindung mit dem Zusammenbruch der Corporation der Securities Company wegen Betruges zum Schaden des Staates angeklagt war, wurde von den Geschworenen freigesprochen. Auch sämtliche 16 Mitangeklagten erhielten ein freisprechendes Urteil. Die Geschworenen berieten zwei Stunden. Der Injall-Prozess hat im ganzen acht Wochen gedauert. Nach der Bekanntgabe des Freispruches veranstalteten die im Gerichtssaal Anwesenden eine Kundgebung für Injall und die übrigen Freigesprochenen.

Der Staat Illinois beabsichtigt übrigens, einer anderen Meldung zufolge, seine Anklage gegen Injall aufrecht zu erhalten und das gerichtliche Verfahren gegen ihn fortzusetzen.

Selten hat ein Mann die Welt so in Spannung gehalten, wie der jetzt überaus freigesprochene ehemalige amerikanische Elektrokönig Samuel Injall, der erst vor acht Monaten von den amerikanischen Behörden um die halbe Welt gejagt wurde. In Erinnerung ist noch seine Flucht aus Griechenland auf dem eigens beschafften Schiff „Miotis“, auf dem er dann aber doch schließlich verhaftet wurde, weil sein Vandalismus im Falle eines Großbetrügers lebenden 73-jährigen Injall Gerechtigkeit gewährt wollte.

Injalls Laufbahn ist echt amerikanisch. Er wurde am 11. November 1859 in Westminster-London geboren, ist also von Geburt Engländer. Mit vier Jahren bekam er eine kleine Anstellung in einem Geschäft. Seitdem verwandelte er alle seine geringen Ersparnisse und jede Minute seiner wenigen Freizeit zum Sparen. Mit 22 Jahren ging er nach den Vereinigten Staaten und wurde Privatsekretär des Erfinders Edison. Edison hatte damals seine elektrische Glühlampe erfunden und ging daran, die Erfindung kommerziell auszuwerten. Da er die kaufmännischen Fähigkeiten seines jungen Privatsekretärs erkannte, übertrug er diesem die

Ungarn verlangt sofortige Behandlung der südslawischen Note.

Italien teilt den ungarischen Standpunkt.

Die ungarische Note überreicht.

DNB Genf, 25. November.

Der ungarische Delegierte Tibor Edhardt hat Sonnabend dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, in der die ungarische Regierung verlangt, daß die von Südslawien aufgeworfene Frage der politischen Verantwortlichkeit für das Marzeller Attentat auf die Tagesordnung der demnächst zusammentretenden außerordentlichen Ratsversammlung gesetzt wird.

In der Note heißt es u. a.: Eine hartnäckige Kampagne, der Ungarn seit dem Tage des Marzeller Attentats ausgesetzt ist, sowie die denkbar grundlosen Anschuldigungen, die andauernd gegen es erhoben werden, haben bis zum gegenwärtigen Augenblick eine politische Atmosphäre geschaffen, die nicht nur für die normalen Beziehungen zwischen gewissen Staaten Europas voll ernster Gefahren ist, sondern auch den Frieden der Welt beeinträchtigen kann. Man überreicht nicht mit der Erklärung, daß ernste Folgen für den Frieden, dessen Wahrung die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes ist, eintreten könnten, wenn diese Lage andauert und wenn Ungarn, seine Regierung sowie seine Behörden den verschiedenen Aufreizungen und verleumderischen Anschuldigungen ausgeliefert blieben, die seit langen Wochen gegen es gerichtet werden. Die ungarische Regierung legt Wert auf die Erklärung, daß es für ihr Land ein lebenswichtiges Interesse darstellt, die Ehre Ungarns gegen Antriebe zu verteidigen, die kein anderes Ziel als die Schädigung des guten Rufes der ganzen ungarischen Nation haben.

Der ungarische Antrag bedeutet das Verlangen auf Dringlichkeitserklärung. Ihm wird nicht, wie bei gewöhnlichen Anträgen zur Tagesordnung auto-

matisch stattgegeben, sondern der Völkerbundsrat hat in derartigen Fällen gewöhnlich in seiner ersten nicht-öffentlichen Sitzung, die am Beginn jeder Tagung stattfindet, eine Entscheidung zu treffen. Entscheidend ist natürlich die Haltung der Großmächte. Nach ihrem bisherigen Verhalten ist anzunehmen, daß die meisten im Rat vertretenen Großmächte in dem Wunsch übereinstimmen, keine sofortige Behandlung der Frage eintreten zu lassen. Die Lage ist nach dem ungarischen Antrag, daß die Mächte nunmehr innerhalb einer Woche zu der Stellungnahme gelangen müssen, für die sie noch etwa acht Wochen Zeit zu haben glaubten.

Dies „Pravda“ erzählt, daß eine Entscheidung des Völkerbundesrates hinsichtlich der südslawischen Anklage schriftlich gegen Ungarn nicht vor dem 10. Januar zu erwarten ist.

Italien unterstützt Ungarn.

Rom, 24. Nov.

Amlich wird mitgeteilt: In verantwortlichen italienischen Kreisen verfolgt man mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung, die durch die Überreichung der Anklageaktes von Zefitsch und der Kleinen Entente beim Genfer Völkerbund und andernorts hervorgerufen werden kann. In diesen Kreisen erkennt man voll das Recht Ungarns darauf, an eine sofortige Aussprache im Völkerbundsrat über diese Anklagen zu verlangen, und dieser ungarische Standpunkt wird von den italienischen Vertretern im Völkerbund selbst klar unterstützt werden. Die verantwortlichen italienischen Kreise sind der Ansicht, daß eine Nation nicht unter so schweren Anklagen bleiben kann, wie es die gegen Ungarn erhobenen sind. Die italienischen Kreise halten die geschaffene Lage für heikel, glauben aber nicht, daß sie unmittelbar zu ernstlichen Entwicklungen führen kann.

Neuordnung des rumänischen Außenhandels.

DNB Bukarest, 25. November.

Der Wirtschaftsausschuß der Regierung hat beschlossen, sämtliche Handelsverträge zu kündigen und Verhandlungen über neue Verträge einzuleiten, deren Grundlage die Bestimmung bilden soll, daß Einfuhr nur bis zur Höhe von 60 v. H. vorbestimmter Ausfuhr gestattet ist.

Verfassungsmäßige Neubildung des geistlichen Ministeriums.

Rechtsgrundlage der evangelischen Kirche der Altpreussischen Union wiederhergestellt.

DNB Berlin, 25. November.

Um die verfassungsmäßige Bildung des geistlichen Ministeriums zu ermöglichen, hat der Reichsbischof in zwei Verordnungen alle Bestimmungen aufgehoben, die einer verfassungsmäßigen Tagung des Kirchenrats der evangelischen Kirche der Altpreussischen Union entgegenstanden. Der für Samstag in Aussicht genommene Zusammentritt des Kirchenrats mußte verschoben werden. Auch die Landeskirchenführer treten daher erst später zusammen.

Ein Heizer gegen das Christentum verhaftet.

Kiel, 25. November.

Der Reichsredner der „Deutschen Glaubensbewegung“, Orlovski, ist in Kiel vor einer Kundgebung „Nordisches Heidentum — deutscher Glaube“ verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Anzeige der Kirchenbehörde zu Magdeburg. Orlovski hatte in Ausführungen, die in Breslau, Potsdam und anderen Städten für die Entrüstung hervorgerufen haben, erklärt, daß Christentum, Kapitalismus, Bolschewismus aus einer Wurzel, dem Judentum, stammten und daß das Christentum nichts anderes sei als ein jüdischer Minderwertigkeitskomplex!

Rohrkrepierer auf dem Thorner Schießplatz.

× Bromberg, 25. November.

Auf dem Artillerieschießplatz bei Thorn ereignete sich Freitag eine schwere Explosion, bei der zwei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden. Eine Batterie der Thorer Garnison veranstaltete ein Schießfest. Bei den Schießübungen ereignete sich ein Rohrkrepierer, der das Geschütz auseinanderriß. Zwei das Geschütz bedienende Kanoniere wurden auf der Stelle getötet, drei andere Soldaten mußten in schwerem Verletzte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Deutschland siegt im Box-Länderkampf gegen Polen in Essen 11:5.

Brandenburg gewinnt den Hockey-Silber-schild.

Neue Rekorde beim Schwimmfest in Düsseldorf.

Auf dem Brüsseler Auto-Salon finden deutsche Wagen Beachtung.

Die Auflockerung der Kartelle.

Ein Rundschreiben des Führers der Wirtschaft.

Berlin, 24. November.

In einem Rundschreiben an die Wirtschaftspräsidenten bittet der Führer der Wirtschaft um Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftszweige im Sinne der beabsichtigten Lockerung der Preisfaktoren in der Wirtschaft. Es heißt in dem Rundschreiben u. a.:

„Eigennützig Denunziationen und leichtfertige Behauptungen, die vor allem auf die Mängel anderer hinweisen und gleichzeitig die eigenen zu verbergen suchen, lehne ich entschieden ab. Wenn ich die Wirtschaft selbst zu dieser Mitarbeit aufrufe, so geschieht es, um alle Arten von Experimenten zu vermeiden.“

Es kommt mir darauf an, bestimmte und zutreffende Angaben zu erhalten über überlappende Kartellbindungen, bei denen die natürlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen nicht vorliegen, außerordentliche Unterschiede in der Beschäftigungsrate und in der Kostengestaltung der Mitglieder kartellmässiger Bindungen, außergewöhnliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und ähnliche Hemmnisse oder Erleichterungen, die infolge der angewandten Kartellmittel.

Kartellbindungen, die lediglich auf dem Papier stehen und vorwiegend nicht innegehalten werden können, Kartellbindungen, die exporthemmend wirken, kartellmässige Bindungen, die seit Anfang 1933 bereits aufgelöst und gelockert worden sind, erhebliche Preissteigerungen seit Anfang 1933 und zwar nicht Preissteigerungen im Einzelfall, sondern im Durchschnitt des geregelten Preises und ähnliche Vorgänge.

Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß sich die beabsichtigten Überprüfungen nicht lediglich auf derartige Bindungen der Industrie beschränken, sondern auch auf anderen Wirtschaftszweigen, wie Groß- und Einzelhandel, Handwerk, Versicherungen, Verkehr usw. erstrecken.

Orden und Ehrenzeichen zum SA-Dienstanzug.

DNB München, 24. November.

Die Oberste SA-Führung teilt mit: Bei der Obersten SA-Führung gehen täglich Anfragen und Anträge ein, ob die Verfügung des Obersten SA-Führers Nr. 22082 betr. „Tragen von Orden und Ehrenzeichen zum SA-Dienstanzug“, verlaßt worden ist. In dem Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung Nr. 33 vom 10. September 1934 unter Ziffer 4, nicht auf diesen oder jenen Orden, Gefährtenorden oder Medaillen ausbezogen werden kann.

In der genannten Verfügung sind grundsätzlich alle diejenigen Orden und Ehrenzeichen berücksichtigt, die von Seiten des Staates oder der Partei für persönliche Leistungen, z. B. Kriegsdienst, Rettungsmedaillen, Deutsches und SA-Sportabzeichen usw. oder Teilnahme an bestimmten besonderen Veranstaltungen, wie Koburg 1922/23 und 9. November 1923, verliehen wurden. Eine Ergänzung der Verfügung bzw. die Genehmigung des Tragens weiterer Abzeichen, Orden, Gefährtenorden oder Kriegserinnerungsmedaillen zum SA-Dienstanzug, insbesondere solcher, die käuflich erworben werden oder zu deren Erwerb keine besonderen persönlichen Leistungen erforderlich sind, ist bei aller sonstigen Würdigung des Wertes dieser Abzeichen und Medaillen nicht möglich.

Die Oberste SA-Führung bittet daher, von Anfragen und Anträgen dieser Art abzusehen zu wollen.

Verschiebung der Saartagung des Völkerbundesrates.

DNB Genf, 25. November.

Aus Kreisen des Völkerbundessekretariats wird mitgeteilt, daß man nach den letzten Nachrichten aus Rom mit dem Zusammentritt des Völkerbundesrates zur Vorbereitung der Saartagung nicht mehr vor dem 3. Dezember rechnen kann. Die Völkerbundversammlung wird voraussichtlich am Freitag, den 1. Dezember, einberufen werden. In den internationalen Kreisen Genfs glaubt man aus dieser Verschiebung der Saartagung schließen zu können, daß die Wichtigkeit der Saartagung in einem völkerrechtlichen Ergebnis zu liegen und alle wesentlichen Punkte klären zu können. Gleichzeitig hat man aber auch den Eindruck, daß doch noch eine Reihe schwieriger Einzelfragen zu lösen sein werden, deren Beilegung noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch kann man die Vermutung hegen, daß eine Verschiebung der Saartagung noch über den 3. Dezember hinaus stattfinden könnte.

Der Genfer Staatsvertreter ist der Ansicht, daß die Vertagung der Saartagung nur als günstiges Anzeichen für eine baldige Regelung der Saartagung aufgefaßt werden könne.

Die Saarverhandlungen in Rom dauern fort.

▲ Rom, 25. November.

Die Saarverhandlungen in Rom sind auch am Sonntagabend äußerst intensiv fortgegangen. Es fanden zahlreiche Einzelgespräche zwischen den Sachverständigen und den Sachverständigen mit dem Unterstaatssekretär statt. Im Vordergrund stehen immer noch die Frage der Garantie sowie die wirtschaftlichen Fragen des Grubenkaufes, des Währungskaufes, des Währungskaufes nach der Abkündigung und die Schwierigkeiten, die durch die Kreditrestriktionen seitens der französischen Wirtschaft entstanden sind. In einzelnen wirtschaftlichen Punkten scheinen sich Lösungen abzuzeichnen, jedoch bestehen in anderen wichtigen Punkten noch starke Meinungsverschiedenheiten. In einem Aufsatz der Arbeiten war am Sonntagabend noch nicht zu denken.

Von zukünftiger Seite gemeldet wird, sind bisher acht englische Polizeioffiziere in die Saarpolizei eingeteilt worden.

Die Chaco-Vorschläge im Völkerbund einstimmig angenommen.

DNB Genf, 25. Novbr.

Die außerordentliche Völkerbundsversammlung für die Beilegung des Chaco-Konfliktes hat Sonntagabend früh ihre Schlußsitzung abgehalten. Dabei wurden die Vorschläge zur Beilegung des Streitfalles einstimmig angenommen. Nur die beiden im Streit befindlichen Staaten Bolivien und Paraguay haben sich der Stimme enthalten. Gleichzeitig wurde der Ausschuss eingeteilt, der im Namen der Völkerbundsversammlung die Durchführung der Vorschläge und die allgemeine Entwicklung weiter verfolgen soll.

Die angenommenen Empfehlungen zum Chaco-Konflikt schaffen einen neuen Schiedsgerichtszustand, der bis zum 20. Dezember. Bis dahin sollen die beiden kriegführenden Mächte sich über die Annahme des Beschlusses, vor allem über die Einstellung der Feindseligkeiten entscheiden. Es hat den Anschein, daß Bolivien annehmen, Paraguay aber ablehnen wird.

Auf dem Garnisonfriedhof in Kiel fand am Sonntag am Ehrenmal der gefallenen Seefahrer ein Gedenkgottesdienst der Reichsmarine statt, an dem auch die Bevölkerung in großer Zahl teilnahm. Zu der Feier war der Flottenchef, Vizeadmiral Forster, erschienen.

Die französisch-sowjetrussischen Beziehungen.

Archimbaum hält seine Erklärungen aufrecht.

(1) Paris, 25. November.

Im Anschluß an den Ministerrat wurde das folgende inhaltlich bereits kurz bekanntgegebene Dementi veröffentlicht: Im Außenministerium erklärt man, daß alle Gerüchte über das Bestehen eines französisch-sowjetrussischen Militärabkommens jeder Grundlage entbehren. In französischen politischen Kreisen betont man, daß die Ausführungen des Abgeordneten Archimbaum in der Kammer im Ausland eine sehr übertriebene Auslegung erhalten hätten. Die politische Annäherung, die seit einigen Monaten zwischen Frankreich und Sowjetrußland stattgefunden habe, habe als einziges Ziel die Organisierung des Friedens in Europa und sei folglich gegen keine andere Macht gerichtet.

Nach diesen Erklärungen hat sich die Aufregung der Öffentlichkeit über die Enthüllungen Archimbauts merklich gelegt. In der Presse finden sich jedoch weiterhin starke Nachklänge, an die durch die Neuierungen in Paris in Blüheschnelle erleuchtete politische Lage auf dem europäischen Festland. Trotz der eingetretenen Beruhigung wird nicht die Sorge verhehlt, die mit Bezug auf die Entwicklung in Europa und insbesondere im Zusammenhang mit der kommenden Saarabstimmung empfunden wird.

Eine bemerkenswerte Mitteilung des Pariser Korrespondenten des „Sunday Express“, nach der Archimbaum sich weigert, auch nur ein Wort von dem, was er in der französischen Kammer erklärte, zurückzunehmen, ist sicher nicht dazu angetan, diese Sorge zu vermindern. Der Berichterstatter meldet, daß die französische Presse angewiesen worden ist, so wenig wie möglich über diese Frage zu schreiben. Der französische Ministerpräsident und die anderen Minister seien wütend über die Indiskretionen Archimbauts gewesen, der keine amtliche Billigung für seine Äußerung gehabt habe. Archimbaum habe seine Korrespondenten gegenüber, Barthou habe bei seinen Beisprechungen in Genf eine Vereinbarung mit Litwinow erzielt. Bis zur Erreichung der Abklärung unter dem Völkerbund sei es vollkommen normal für zwei große Nationen wie Frankreich und Rußland, ein Einvernehmen zu finden, das den Fall, daß es angeht, militärische Hilfe verspricht. Für mich, so schloß Archimbaum, besteht nicht die geringste Zweifel, daß eine Union zwischen Frankreich und Rußland herrscht.

Der Besuch französischer Frontkämpfer beim Führer.

Deutsch-französische Verständigung Entspannung Europas.

DNB Berlin, 25. November.

Die französische Presse beschäftigt sich nach wie vor mit der Unterredung, die der Führer und Reichsführer vor einiger Zeit dem Führer der französischen Nationalen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer, Guy, gewährt hat, wobei die französischen Zeitungen sich zum Teil immer noch in überwundenen Bemerkungen und gestillten Mißverständnissen ergehen. Die deutsche Presse hatte in den letzten Tagen wiederholt auf diese Mängel in ausführlichen Kommentaren hingewiesen. Zur Klarstellung und objektiven Würdigung der Ausführungen des Führers über die deutsch-französische Beziehungen sei festgestellt, daß der Führer nach den Mitteilungen des Herrn Guy u. a. folgendes erklärt hat:

„Die deutschen und französischen ehemaligen Frontkämpfer haben sich während des Krieges kennengelernt und haben voneinander einen richtigen Begriff ihres Wertes und des Wertes jeder Nation bekommen. Sie sind besser als andere befähigt, diesen Wert im Frieden zu achten. Zwischen unseren beiden Völkern darf es keine Mißverständnisse geben. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen vom Saarproblem aus. Die französische Presse schien die Aufnahme aufkommen zu lassen, daß wir Deutschen einen Putsch vorbereiteten.“

Es ist seine Torheit zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefragung zu stören suchen will.

Ich erklärte formell, daß wir uns vor dem Ergebnis der Volksabstimmung, gleichviel wie sie ausfällt, beugen werden. Ich habe übrigens dem französischen Außenminister vor einigen Monaten vorgeschlagen, ein Protokoll zur Regelung aller eventuellen Schwierigkeiten auszuarbeiten. Aber ich habe keine Antwort bekommen.“

Als das Gespräch dann auf die Verträge übergriffen habe, habe der Führer lebhaft von den moralischen

ischen Ehrenforderungen des deutschen Volkes gesprochen und hinzugefügt: „Es kann von einer Verletzung eines Grenzpfahles nicht die Rede sein. Sie kennen meine Auffassung hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle anwärtig oder dreißig Jahre Krieg zu führen, um Provinzen wiederzunehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursacht, wenn sie französisch waren, und Deutschland, wenn sie deutsch waren. Hier denkt das heutige Deutschland nicht so wie das frühere Deutschland.“

Wir denken nicht an zu erobernde Quadratkilometer von Gebiet. Wir haben die Sicherung des Lebens unseres Volkes im Auge.

Morauf es jetzt ankommt, ist zu arbeiten, um eine neue soziale Ordnung herzustellen. Man wird annehmen können, ich habe nur Zeit zu gewinnen, um meine Vorbereitungen zu vollenden. Darauf antwortete ich, daß mein Arbeitsplan derart ist, daß der Mann, der das Ziel wird erreichen können, das ich mir gesetzt habe, von der Danarbeit seines Volkes ein viel größeres Denkmal verdienen wird als dasjenige, das ein ruhmreicher Führer nach zahlreichen Siegen verdienen konnte.

Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen, so wird eine große Anzahl von Nachbarn, die einen Seufzer der Erleichterung ausstoßen, und ein Widerspruch würde verschwinden.

Es würde sich eine sofortige Entspannung ergeben, eine Besserung der Wirtschaftsbedingungen aller Länder Europas. Von unseren beiden Völkern hängt es ab, daß dieser Traum Wirklichkeit wird. Ich bin der Ansicht, daß die Männer, die den Krieg mitgemacht haben, und die in ihrer Mehrheit noch in dem Alter stehen, um auf neue Mobilisiert zu werden, eine klarere Vorstellung von den Gefahren haben, die die Nachkriegsbedingungen beider Völker heraufbeschwört. Die Männer, die den Krieg mitgemacht haben, sind offener, ihre Haltung ist brutaler. Aber deshalb wage ich, den Schwierigkeiten ins Auge zu sehen. Und das ist die einzige Methode, um sie leichter zu lösen. Ohne Rücksicht auf diplomatische Gepflogenheiten müssen sie sich ihre natürlichen Bedürfnisse anvertrauen und rechtzeitig mitteilen, um die Konfliktsgefahren zum Verschwinden zu bringen.“

Zusammenkunft Dr. Schuschnigg-Gömbös.

DNB Wien, 25. November.

Am Freitag besuchte Dr. Schuschnigg den Reichspräsidenten Gömbös in seinem Amtssitz in der Hofburg. Die Unterredung wurde von dem österreichischen Ministerpräsidenten Gömbös in einem sehr angenehmen, freundschaftlichen Gespräch geführt. Am Abend reiste der Bundeskanzler wieder nach Wien zurück.

Stürmischer Verlauf der Sowjetwahlen.

DNB Moskau, 25. November.

Der Zentralauschuss für die Durchführung der Wahlen erhielt am Samstag aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion Nachrichten über einen stürmischen Verlauf der Wahlen. In der Umgebung von Woroschilowka kam es zu Zusammenstößen zwischen Einzelbauern und Mitgliedern der Staatsgüter. Ein Teil der Wähler sprengte mehrere Versammlungen und verlangte von den Ortsbehörden die Wiederzulassung einer Bevölkerungsgruppe, die vom Wahlrecht ausgeschlossen worden war. Nach weiteren Meldungen haben viele Wähler auf ihren Wahlzetteln Personen benannt, die überhaupt nicht in die Sowjets gewählt werden durften. Darunter befanden sich auch zwei Geistliche, die wie bekannt, in der Sowjetunion kein Wahlrecht besitzen. In Moskau-Lage (Ural) kreierten die Wähler, so daß die Wahlen nicht durchgeführt werden konnten. Aus anderen Teilen der Sowjetunion kommen Nachrichten über so heftige Zusammenstöße, daß die Wahlen eingestellen wurden. In Westsibirien stießen die Wähler mehrere Staatsgüter in Brand. Größere Schäden konnte durch die Wachmannschaften verhindert werden.

Die letzten Ehren für Kardinal Gasparri.

K. K. Rom, 23. Nov.

Drei Tage lang war die Leiche des Kardinals Pietro Gasparri in seinem Hause an den Trajans-Thermen aufgebahrt. Drei Tage lang drängte sich ganz Rom, hoch und niedrig, vor dem Sarge. Am Mittwoch wurde der Sarg, wie ein erregender Brauch es vorschreibt, auf einen Leichenwagen niedriger Klasse gehoben und nach St. Ignazio, der großen Basilika der Jesuiten, überführt. Betende Karmeliten mit brennenden Fackeln, eine Abteilung Carabinieri in Galauniform, die nächsten Angehörigen und Freunde und viel Volk, das den Rosenkranz betete, begleitete den Sarg zum regnerischen

Freitagabend, an den Kaiserinnen vorbei, über den Platz am Palazzo Venezia in die neuere bewegte Geschäftsstraße des Corso, um dann links nach St. Ignazio abzuweichen. Am Portal der Kirche wurde der Sarg, dem der Rest des Verstorbenen, Kardinal Enrico Gasparri, im Wagen folgte, von dem Oberhofmeister des Papstes und vielen hohen Prälaten erwartet. Der Sarg wurde in die Kirche gebracht und auf einen schwarz ausgeschlagenen Katafalk gestellt.

Am nächsten Morgen wurde das große Totenamt gefeiert. Die Kirche trug Trauerkleidung. Am dem Katafalk brannten auf 100 Leuchtern die Kerzen. Um ihr standen 12 rollstuhlförmige Diener des königlichen Hauses. Für die Kardinalen, das diplomatische Korps und den päpstlichen Hofstaat, für den Herzog von Spalato, der als Vertreter des italienischen Königs erschien, den italienischen Justizminister und den französischen Botschafter, der den Duce vertrat, für viele weitere Mitglieder der italienischen Regierung und der königlichen Akademie, sowie für die Generalität waren besondere Plätze reserviert. So oft ein Kardinal, alle in schwarzen Gewändern mit weißem Hermelinbesatz, die Kirche betrat, um erst am dem Katafalk zu beten, erhoben sich alle Anwesenden. Schon lange vor 10 Uhr war die große Kirche gedrängt voll von Menschen. Wenig, Troch, Titularerzbischof und Generalsekretär der apostolischen Kammer, der Verstorbenen als Camerlengo vorstand, geleitete das Totenamt. Lorenzo Perosi leitete den Chor, der kein großes Requiem sang. Bei der Wandlung erstand eine Ehrenwache von Grenadiere des Gardekorps. Nach der Messe erteilte der Kardinalbefehl Granito Signatelli di Belmonte die feierliche Lesung des Evangeliums am dem Katafalk.

Gegen Mittag brachten Autos den Sarg, die Verwandten und engere Freunde in das Heimatsort des großen Toten, nach Uffizi in den umbrischen Bergen; dort fand Pietro Gasparri am Freitag auf dem Friedhof die letzte Ruhestätte. Der Bischof der Heimatdiözese hielt ein Totenamt, und Kardinal Enrico Gasparri beiprengte den Sarg zum letzten Male mit Weihwasser.

In Schutzhast genommen.

Hamburg, 25. November.

In Hamburg wurde ein Ehepaar in Schutzhast genommen. Der Grund zu dieser Maßnahme lag darin, daß die Frau beim letzten Eintopfnagel die Sammlung als Bettelweib bezeichnet hatte und schließlich dem mit der Sammlung Beauftragten widerwillig einen Groschen gegeben hatte. Nach Bekanntgabe dieses Vorfalls bildeten sich vor dem Hause des Ehepaars Anmahnungen und im Sprecher wurde gerufen: „Wir wollen keine Bettelweiber, wir sammeln für hungernde Kinder.“ Als die Polizei das Ehepaar festnahm, kam es bei der Abführung zu Demonstrationen gegen die Verhafteten.

Großfeuer in einer Kolonialwaren-Großhandlung.

Zwei Wehrmänner schwer verletzt.

(1) Herford, 25. November.

In der Sonntagsnacht brach gegen Mitternacht an bisher noch nicht geklärt Ursache in der hiesigen Kolonialwarengroßhandlung Gröbe, die an der Volkstrasse über große Lagerhäuser verfügt, ein Brand aus, der sich bei dem Wind und den vielen Warenvorräten schnell zu einem Großfeuer entwickelte. Trotz angestrengter Arbeit der Wehren gelang es ihnen nicht, der Flammen Herr zu werden; sie mußten sich vielmehr darauf beschränken, ein Uebergreifen des Brandes auf die angrenzende Tankstelle und die ebenfalls in nächster Nähe liegende Filiale der Kalkenburg-Brauerei zu verhindern. Die beiden großen, mehrstöckigen Lagerhäuser brannten nieder. Auch alle Vorräte an Kolonialwaren — belbe Lagerhäuser waren in allen Stößen und Ecken gefüllt — wurden von den Flammen vernichtet. Mit Mitternacht gelang es den Wehren aus den brennenden Häusern wenigstens den großen Nachschub, wenn auch etwas beschädigt, zu retten. Bei diesen mutigen Rettungsarbeiten erlitten zwei Feuerwehrleute sehr schwere Verletzungen, so daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Auch der Firmeninhaber Gröbe erlitt bei dem Versuch, aus den Kontoren das Wichtigste zu retten, schwere Rauchvergiftungen.

Zwei Tote bei einem Verkehrsunfall.

DNB Gießen, 25. November.

Auf der Kölner Landstraße wollte am Sonntagnachmittag ein mit zwei Personen besetzter Kraftwagen aus Gießen einen vorfahrenden Traktorzug mit zwei Anhängern überholen; der Wagen stieß dabei mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Kölner Wagen zusammen. Der Anprall war heftig, daß beide Wagen sich vollständig ineinanderbohrten, und der Traktorzug durch den dagegen fliegenden einen Kraftwagen völlig zur Seite gedrückt wurde. Während eine Insassin des Gießener Wagens auf der Stelle getötet wurde, starb der Mitfahrer kurz nach dem Unfall im Krankenhaus.

Die Insassen des Kölner Kraftwagens kamen mit geringen Verletzungen und dem Schrecken davon.

Furchtbare Tragödie.

Wien, 25. November.

Das Mittelfeld des Wiener Staatsopernorchesters, der bekannte Philharmoniker Prof. Dionys Martens, tötete am Samstag seinen 20-jährigen Sohn durch zwei Revolververletzungen und nahm sich dann selbst das Leben. Man vermutet, daß Prof. Martens aus Rache über die schwere Krankheit seines Sohnes, der gelähmt war, die furchtbare Tat verübt hat.

Grausiger Fund.

Carlisle (Pennsylvania), 25. November.

Auf einem starkbewaldeten Berghang wurden heute unter zwei Betenden drei Mädchen von acht, zehn und dreizehn Jahren, offenbar Schwestern aus einer wohlhabenden Familie, fest umarmt tot aufgefunden. Sie sind anscheinend ermordet worden.

40 Tote bei einem Grubenunglück in Japan.

DNB Tokio, 25. Novbr.

Nach einer Mitteilung hat im Gouvernment Nagasacki in dem Kohlenbergwerk Matsumi ein furchtbares Bergwerkunglück ereignet, das nach den bisherigen Schätzungen über 40 Todesopfer gefordert hat. Beim Anlegen eines neuen Stollens stießen die Bergarbeiter auf Meeresboden. Mit rasender Geschwindigkeit drangen die Wassermassen in den Stollen ein, wobei über 40 Bergarbeiter ums Leben kamen.

Neues in Kürze.

Reichswehrminister Generaloberst v. Blomberg, der sich einige Wochen zur Erholung auf dem Weissen Hof aufgehalten hat, trat am Sonntag vormittag auf dem Luftwege die Rückreise nach Berlin an.

Der Danziger Volkstag ist für Mittwoch, den 28. November zu einer Vollerammlung einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des neuen Präsidenten des Senats sowie weitere Wahlen von Senatoren.

Das Schiffschiff „Deutschland“ des deutschen Schiffsverkehrs befand sich am 18. November auf dem Äquator bei 28 Grad westlicher Länge. Damit hat das Schiffschiff den Übergangspunkt, wo Dampfer und Segelschiffe von und nach Südamerika sich kreuzen, erreicht. Am Bord befindet sich alles wohl.

Der ehemalige Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, wurde Sonntag vormittag in Neuilly bei Paris in der Gruft seiner Familie beigesetzt.

In Antwerpen begann am Freitag eine internationale Filmwoche. Eine besonders feierliche Aufnahme wurde den Vertretern der deutschen Filmgesellschaft in Brüssel zu Ehren von Brigitte Helm und Dorothea Wieck einem Empfang, zu dem zahlreiche Vertreter der belgischen Filmwelt, bekannte Persönlichkeiten der belgischen Filmwelt und ein Vertreter des Präsidenten der Reichsfilmkammer erschienen waren.

Hauptgeschäftsführer und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Münster und das Münsterland: L. V. Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Westfalen: Otto Heinz Töbe; für Paderborn: Peter Schaub; für Handel und Sport: Dr. Anton Henkel, sämtlich in Dortmund; Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde; für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeyer, Münster i. W. Druck: Zeno G. m. b. H., Münster i. W.

Durchschnittsausgabe Nr. 1034; Zeno-Zeitung insgesamt 40 987.

enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Nachrichtenblatt für die Kreise Beckum und Lüdinghausen, Ahlen, 3125; — Allgemeine Zeitung für die Kreise Coesfeld und Ahaus (Billerbecker Zeitung, Gescherer Zeitung, Vredener Anzeiger, Stadthorner Volksblatt), Coesfeld, 5372; — Borkener Zeitung, Borken, 3100; — Bürgerblatt für den Niederrhein und Reeser Tageblatt, Emmerich, 1814; — Dülmener Zeitung, Amtliches Kreisblatt für den Kreis Coesfeld, Dülmen, 1739; — Halterner Zeitung, Haltern, 1609; — Kreiszeitung für den Kreis Ahaus (Gronauer Volkszeitung, Eper Volksblatt), Ahaus, 3100; — Münsterländische Volkszeitung (Rheiner Volksblatt), Rheine, 3888; — Emsländische Tageszeitung (Lingener Tageszeitung, Papenburg-Aschendorfer Zeitung), Rheine, 1713; — Neuer Emsbote für den Kreis Warandorf und Amt Telgte (Warandorfer Kreisblatt), Warandorf, 2404; — Tageblatt für den Kreis Steinfurt (Ochtrupener Anzeiger, Wettlinger Anzeiger, Metelenener Zeitung, Neuenkirechner Zeitung, Ochtrup, 1630; — Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken, Bocholt, 6100; — Volksblatt für Wesel und den Kreis Rees, Wesel, 631; — Volkszeitung und Nachrichten für Emsdetten, Burgsteinfurt, Nordwalde, Borchorst, Groven, Emsdetten, 2276; — Volkszeitung für Dorsten und Herrlichkeit, Dorsten, 2006.